

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 23.05.2024

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen Vorsitz
Herr Bürgermeister Rütter
Frau Bürgermeisterin Schrader
Frau Bürgermeisterin Osei

CDU

Herr Brüntrup
Herr Copertino
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Kleinkes
Frau Kotulla
Herr Krumhöfner (bis 21:00 Uhr)
Herr Kuhlmann
Herr Dr. Kulinna
Herr Dr. Lange
Herr Nettelstroh (Fraktionsvorsitz)
Frau Orłowski
Frau Schineller
Frau Steinkröger
Herr Strothmann
Herr Werner

SPD

Frau Avvuran
Herr Banze
Frau Biermann
Frau Brinkmann
Herr Gladow (ab 17:50 Uhr)
Frau Gorsler
Herr Heimbeck
Herr Keskin
Herr Klaus
Herr Nockemann
Herr Prof. Dr. Öztürk (Fraktionsvorsitz)
Herr Rörig
Herr Suchla
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Gerdes

Herr Hallau

Frau Hennke

Herr Hood

Herr John

Herr Kartal

Frau Mamerow

Frau Pfaff

Herr Rees

Herr Schnell

Herr Wiemer

(Fraktionsvorsitz)

(bis 20:05 Uhr)

FDP

Herr Schlifter

Frau Schneidereit

Herr Seifert

Herr vom Braucke

Frau Wahl-Schwentker

(Fraktionsvorsitz)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Frau Stelze

Frau Taeubig

Herr Vollmer

(Fraktionsvorsitz)

AfD

Herr Kneller

Herr Dr. Sander

(bis 20:30 Uhr)

(ab 17:40 Uhr)

Die Partei

Herr Hofmann

Frau Oberbäumer

(bis 20:45 Uhr)

(von 17:20 Uhr bis
20:45 Uhr)Einzelvertreterin/Einzelvertreter

Herr Alich

Herr Gugat

Herr Krämer

Frau Rammert

parteilos

LiB

BfB

Bürgernähe

(bis 21:15 Uhr)

Entschuldigt fehlen:

Frau Bockerhoff

Herr Feurich-Tobien

Frau Labarbe

Herr Werner Thole

Frau Welz

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

(CDU-Fraktion)

(SPD-Fraktion)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Herr Beigeordneter Adamski
Herr Beigeordneter Moss
Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
Frau Klausing
Frau Braun
Frau Ley
Herr Hartlieb
Frau Mülöt
Frau Wilms

Dezernat 1
Dezernat 2
Dezernat 3
Dezernat 4
Dezernat 5
Presseamt
Presseamt
Büro Oberbürgermeister und Rat
Büro Oberbürgermeister und Rat
Büro Oberbürgermeister und Rat
Büro Oberbürgermeister und Rat

Schriftführung

Frau Krumme

Büro Oberbürgermeister und Rat

Zuhörende in nichtöffentlicher Sitzung

Herr Löwenstein
Frau Turan

Mitarbeiter der CDU-Fraktion
Mitarbeiterin der Fraktion Die Linke

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Feierstunde von 17:00 Uhr – 17:45 Uhr

Anlässlich des 75. Jahrestages des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23.05.2024 findet vor der Sitzung des Rates zunächst eine Feierstunde statt. Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Gäste und Frau Prof. Dr. Eppe als Festrednerin. Musikalisch wird die Feierstunde vom Jugend-Sinfonieorchester der Musik- und Kunstschule Bielefeld begleitet.

-. -

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass die heutige öffentliche Ratssitzung als Livestream übertragen werde. In diesem Zusammenhang bittet er um Beachtung der im Eingangsbereich aushängenden Datenschutzhinweise.

Er merkt an, dass der öffentliche Teil der Ratssitzung aufgezeichnet und bis zur Genehmigung der Niederschrift veröffentlicht werde. Außerdem könnten aufgrund der Kameraeinstellung, die das Plenum mit den Ratsmitgliedern zeige, in einem Randbereich auch Zuschauer erfasst werden. Sollten diese sich in diesem Bereich aufhalten, werde davon ausgegangen, dass sie mit einer evtl. visuellen Erfassung Ihrer Person einverstanden seien. Die Unterlagen zur heutigen Sitzung könnten die Zuschauerinnen und Zuschauer als Link im Video oder unter dem Livestream finden.

-. -

Auf Wunsch der Ratsfraktionen verliest Herr Oberbürgermeister Clausen folgende gemeinsame Erklärung:

„Bielefelder Erklärung für Demokratie – bis hierhin und nicht weiter!“

Die Fraktionen im Bielefelder Rat stehen geschlossen und gemeinsam gegen die eskalierende Gewalt gegen politisch engagierte Menschen im öffentlichen Raum. Demokratie und Gewalt widersprechen sich diametral.

Beschimpfungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Hass und Hetze dürfen keine Mittel von demokratischen Auseinandersetzungen sein!

Die Angriffe gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den letzten Wochen und Monaten waren Angriffe gegen uns alle – und gegen die Demokratie selbst.

Wir lassen nicht zu, dass Menschen, die durch ihr ehrenamtliches Engagement unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten wollen, von Demokratiefeinden mit Gewalt von der Straße vertrieben werden. Wir streiten mit Worten um den richtigen Weg und um die richtigen Konzepte, nicht mit Fäusten. Wenn wir zulassen, dass Tritte und Schläge statt der besseren Argumente unsere Debatten entscheiden, verlieren wir alle.

Darum erklären wir mit unserer Unterschrift folgende drei Punkte zu Leitlinien unseres politischen Handelns:

1. **Bis hierhin und nicht weiter:** Wir verurteilen jede Art von Gewalt.

Demokratischer Streit, auch im Wahlkampf, wird mit Worten ausgetragen.

2. **Unsere wehrhafte Demokratie, das sind wir alle.** *Wir schützen uns, parteiübergreifend, gegenseitig gegen Angriffe von Demokratiefeinden.*
3. **Aus Worten werden Taten:** *Wir sorgen mit einem respektvollen Umgang auch selbst dafür, dass die Stimmung nicht weiter aufgeheizt wird. Wir streiten hart in der Sache, aber verbindlich im Ton.*

Unsere Demokratie ist wehrhaft. Und wir alle verkörpern unsere Demokratie auf verschiedenen Ebenen.

Bielefeld, 23.05.2024

Die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke“

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass Herr Kaldek mit Wirkung vom 17.04.2024 sein Ratsmandat für die CDU-Fraktion niedergelegt habe. Seine Nachfolgerin sei Frau Katharina Kotulla, die er im Kreise der Ratsmitglieder herzlich begrüße. Auf eine Verpflichtung könne verzichtet werden, da Frau Kotulla bereits in einer Sitzung der Bezirksvertretung Senne verpflichtet worden sei.

Weiterhin habe Frau Kloss mit Wirkung vom 30.04.2024 ihr Ratsmandat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen niedergelegt. Ihre Nachfolgerin Frau Dr. Adele Gerdes begrüße er ebenfalls herzlich im Kreise der Ratsmitglieder. Auf eine Verpflichtung könne auch bei ihr verzichtet werden, da Frau Dr. Gerdes bereits in drei Ausschüssen kommunalpolitisch arbeite und hier bereits verpflichtet worden sei.

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die 34. Sitzung und stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass nach Versand der Einladung fristgerecht noch eine Anfrage der Ratsgruppe Die Partei zum Thema „Trinkwasserzugang Kesselbrink“ eingegangen sei. Alle eingegangenen Anfragen seien gemäß der in § 17 Abs. 3 Geschäftsordnung des Rates (GeschORat) vorgegebenen Reihenfolge der Beantwortung wie folgt in die Tagesordnung der Sitzung eingepflegt, veröffentlicht sowie die Antworten im Ratsinformationssystem eingestellt.

- TOP 3.1 Gewerbeflächen und Arbeitsplätze (Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.5.2024)
- TOP 3.2 Heimatförderprogramme des Landes – Was bedeutet Heimat für die Stadtverwaltung (Anfrage der AfD-Ratsgruppe vom 07.05.2024)
- TOP 3.3 Trinkwasserzugang Kesselbrink (Anfrage der Ratsgruppe Die Partei vom 16.05.2024)
- TOP 3.4 Klimaneutral 2030 (Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.05.2024)

Darüber hinaus seien zu TOP 4.2 ein Änderungsantrag der CDU-

Fraktion und zu TOP 4.3 ein Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe eingegangen.

Abschließend teilt Herr Oberbürgermeister Clausen mit, dass Pairing zwischen den Faktionen von CDU und SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zweimal mit der FDP-Fraktion und einmal mit der CDU-Fraktion vereinbart worden sei.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird, wie von Herrn Oberbürgermeister Clausen dargestellt, geändert und ergänzt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 32. Ratssitzung am 14.03.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 32. Ratssitzung am 14.03.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 33. Ratssitzung am 18.04.2024

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass unter TOP 18.4 (Seite 24) versehentlich die folgende beschlossene Umbesetzung der CDU-Fraktion nicht aufgeführt worden sei:

Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Teutoburger Wald, Eggegebirge

Stellv. Mitglied
statt bisher

Dr. Matthias Kulinna, RM
Carla Steinkröger, RM

-einstimmig beschlossen-

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 33. Ratssitzung am 18.04.2024 wird, unter Berücksichtigung der vorgetragenen Ergänzung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2**Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3**Anfragen**

Herr Oberbürgermeister Clausen macht darauf aufmerksam, dass die Antwort auf die Anfrage der AfD-Ratsgruppe unter TOP 3.2 erst am heutigen Tag im Ratsinformationssystem eingestellt worden sei. Beigeordneter Herr Dr. Witthaus werde die Antwort daher verlesen.

Die Antworten auf die übrigen Anfragen seien fristgerecht eingestellt worden, so dass er auf ein Verlesen verzichte.

Zu Punkt 3.1**Gewerbeflächen und Arbeitsplätze (Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.05.2024)****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 8045/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Frau Wahl-Schwentker macht deutlich, dass die Antwort der Verwaltung den Eindruck erwecke, es interessiere nicht, wie es mit den jährlich 100 beabsichtigten Betriebsansiedlungen weitergehe. Das derzeitige Vorgehen in Bielefeld sei eine Gewerbeflächenverhinderungspolitik, auch wenn Bündnis 90/Die Grünen behaupteten, die Wirtschaft sei ihnen wichtig und Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden wollten.

Herr Öztürk weist den Vorwurf, die SPD sei gegen Wachstum, zurück. Die SPD stehe für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Nur gute Arbeit führe auch zu guter Bildung und somit zur Chancengleichheit.

Herr Hallau unterstreicht, dass er den Anspruch habe, in Bielefeld grüne

Wirtschaftspolitik umzusetzen. Die bestehenden Hindernisse für Gewerbeansiedlungen seien bekannt und es werde, unter Berücksichtigung bestehender gesetzlicher und rechtlicher Regelungen, die Hindernisse zu beheben.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2

Heimattförderprogramm des Landes - Was bedeutet Heimat für die Stadtverwaltung? (Anfrage der AfD-Ratsgruppe vom 07.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8014/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage.

Beigeordneter Herr Dr. Witthaus verliest die Antwort der Verwaltung. Diese wird ebenfalls im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Herr Kneller äußert sich kritisch zur Antwort der Verwaltung, da für ihn nicht deutlich werde, nach welcher Definition des Heimatbegriffes im Raum Bielefeld eine Förderwürdigkeit für das Heimattförderprogramm des Landes bestehe. Die Antwort auf die Zusatzfrage 1, die Auflistung der Preiskriterien, sei auf der Internetseite einsehbar. Ihm gehe es um nachgelagerte Mechanismen, mit denen eine Bewertung des Finanzmitteleinsatzes erfolgen könne.

Herr Rees bedankt sich für die Antwort, in der deutlich werde, dass Ratsbeschlüsse gelebte Demokratie seien. Die Stadt Bielefeld habe einen sehr differenzierten Heimatbegriff, in dem sich die Vielfalt und Diversität der Stadtgesellschaft widerspiegle.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3

Trinkwasserzugang Kesselbrink (Anfrage der Ratsgruppe Die Partei vom 16.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8055/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Frau Oberbäumer weist darauf hin, dass die Sprinkleranlage einen Großteil des Kunstrasens bewässere, sie bittet darum, die Ausrichtung der Anlage anzupassen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.4 Klimaneutral 2030 (Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8046/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Herr Schlifter macht deutlich, dass aus Sicht der FDP zwei der drei Fragen nicht ausreichend und umfänglich beantwortet seien. Es sei erfreulich, dass die Konzeptstudie nun vorgestellt werde, warum allerdings 2 ½ Jahre für die Planerstellung benötigt worden seien würde ihn auch interessieren. Er kritisiert am Entstehungsprozess der Strategie, dass eine ausreichende Abstimmung mit den Stadtwerken scheinbar nicht erfolgt sei, obwohl der Großteil der Emissionen durch Versorgung, Strom und Wärme entstünden. Durch die Nichtabstimmung mit den Stadtwerken sei die zu beschließende Strategie bereits vor der Beschlussfassung wertlos. Er fordere dringend dazu auf, für die Strategie ein realistisches Zeit- und Mengengerüst zu hinterlegen und dies mit den Stadtwerken abzustimmen, nur so könnten die Ziele erreicht werden.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Transparente Personalkosten in Bielefeld (Antrag der FDP-Fraktion vom 14.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8035/2020-2025

Herr vom Braucke kritisiert, dass die kalkulatorischen Personalkosten seit 10 Jahren bei den Haushaltsplanungen zugrunde gelegt würden. Tarifsteigerungen und Sachkosten würden bei dieser kalkulatorischen Größe nicht berücksichtigt, so dass kaum vorstellbar sei, dass die Rechnungsgröße der Personalkosten auskömmlich sei. Er fordere, dass auch die Sachkosten der Politik vorgestellt würden. Mit diesem Antrag solle eine Kosten- und Planungssensibilität erreicht werden. Dies solle u. a. mit dem Eckdatenbeschluss erzielt werden. Umso wichtiger ist es, dass in den Vorlagen der Fachverwaltung die einzelnen Kosten transparent dargestellt werden.

Herr Werner weist darauf hin, dass die Verwaltung diese These bereits mehrfach widerlegt habe. Bei den kalkulatorischen Personalkosten

handele es sich um Durchschnittskosten. Transparenz sei für den gesamten Rat wichtig und spiegle sich in der Rats- und Ausschussarbeit wieder. Für ihn mache der Antrag nur Sinn, wenn die separate Ausweisung von Personalkosten als Steuerungselement für die Haushaltsplanung eingesetzt würde. Unter diesem Aspekt schlage er vor, die fachliche Diskussion im Finanz- und Personalausschuss gemeinsam mit der Verwaltung weiterzuführen.

Herr Prof. Dr. Öztürk macht deutlich, dass der Kämmerer und die Amtsleitung bereits mehrfach im Fachausschuss dazu Stellung genommen hätten. Hiermit werde versucht, Misstrauen gegen die Verwaltung direkt in den Rat einzubringen. Kritik sei grundsätzlich richtig, aber sie sollte im Fachausschuss platziert werden, da gehöre sie hin. Lediglich aus Respekt vor der CDU stimme er der Verweisung in den Fachausschuss zu.

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Finanz- und Personalausschuss verwiesen.

- bei einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen -

Zu Punkt 4.2

Einseitige Verkehrspolitik stoppen - Notbremse bei Heeper, Herforder und Kurt-Schumacher-Straße! (Antrag der FDP-Fraktion vom 14.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8036/2020-2025

8088/2020-2025 (Änderungsantrag der CDU-Fraktion)

Herr Seifert begründet den Antrag der FDP-Fraktion dahingehend, dass die Verkehrssicherheit durch die zahlreichen Baustellen immer schlechter statt besser würde. Er verdeutlicht die Problematik an Beispielen auf den betreffenden Straßen. Bei den Umbauten gehe es lediglich um die Verdrängung des Autoverkehrs und die Durchsetzung der Wünsche einer Bevölkerungsgruppe. Die zwischenzeitlich entstandene gegensätzliche Verkehrspolitik sollte wieder zu einer gemeinsamen Verkehrspolitik geführt werden. Zum Änderungsantrag der CDU erklärt er die Bereitschaft, den CDU-Antrag für die Punkte 1 und 3 des FDP-Antrages zu übernehmen.

Herr Kneller stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion zu. Er lehne eine Erweiterung der Herforder Straße ab, da sie seiner Auffassung nach bereits bedarfsgerecht sei, selbst wenn sich der Fahrradverkehr verdopple. Für ihn fehle der zugrundeliegende Bedarf, der sollte zunächst ermittelt werden.

In Ergänzung des Punktes 1 des FDP-Antrages stelle er folgenden Antrag:

„Vor einer Umgestaltung oder Neuplanung ist grundsätzlich eine

Bedarfsprüfung mit konkretem und quantifizierbarem Ergebnis vorzunehmen.“

Herr Hallau bekundet seine Ablehnung zu allen vorliegenden Anträgen. Die Neuplanung für die Heeper Straße sei nachvollziehbar und im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen worden. Wenn die Planung gestoppt werden solle, dann erwarte er Vorschläge für Veränderungen. Er bittet bei den Planungen weiterhin um eine konstruktive Zusammenarbeit im Stadtentwicklungsausschuss. Zur Kurt-Schumacher-Straße führt er aus, dass noch keine politischen Beschlüsse dazu vorlägen. Es gäbe eine Machbarkeitsstudie und derzeit würden sich die betreffenden Bezirksvertretungen Mitte, Schildesche und Dornberg damit auseinandersetzen. Dies sei nun abzuwarten.

Herr Dr. Lange verweist auf die bisherigen Diskussionen zur Mobilität, in der die unterschiedlichen Vorstellungen deutlich geworden seien. Mobilität dürfe nicht zum Stillstand führen. Die Planungen zur Erweiterung der Herforder Straße jetzt zu stoppen, sei nicht zielführend. Unter den beschlossenen Parametern stehe die CDU-Fraktion zu den gefassten Planungen. Die Vorplanungen zur Heeper Straße hingegen gingen in die falsche Richtung. Parkplätze fielen weg und Arztpraxen und Handwerker wären nicht mehr erreichbar.

Bei den Planungen für die Kurt-Schumacher-Straße sollten die Belange der Arztpraxen und Anwohnerinnen und Anwohner sowie das Bürgerinteresse Berücksichtigung finden. Veränderungen seien grundsätzlich notwendig, aber mit Blick auf den zukünftigen Haushalt und das Fehlen des Fachpersonals könne der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nicht vorangebracht werden. Im ÖPNV ginge es derzeit darum, den Status Quo zu erhalten.

Herr Vollmer bewertet den Antrag als überflüssig. Die Planungen zur Herforder Straße seien beschlossen. Zur Fahrradroutenführung Kurt-Schumacher-Straße lehne er die Routenführung durch den Grünzug ab. Er beobachte immer wieder Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern. Die Fahrradrouten dürften nicht dazu führen, dass die Naherholungsgebiete beeinträchtigt würden. Sie müssten erhalten bleiben. Für die Heeper Straße müsse auch Serviceparken für die Betroffenen betrachtet werden. Mit der Änderung der Klassifizierung ergäben sich auch andere Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Geschwindigkeitsbegrenzung. Hinsichtlich des Fachkräftemangels führt Herr Vollmer aus, dass sich die Stadt Bielefeld als moderne Stadt darstellen müsse, das tue sie leider nicht. Zu den Ausführungen von Herrn Kneller macht er deutlich, dass es für die Herforder Straße bereits Bedarfsplanungen gäbe, die allerdings vom Land durchgeführt würden. Abschließend erklärt er die Ablehnung beider Anträge.

Herr Hofmann erklärt, dass aus seiner Sicht in den nächsten 10 – 20 Jahren alle drei Straßen in Fahrradstraßen umgewidmet werden müssten.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen erklärt Herr Nettelstroth, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion die Punkte 1 und 3 des FDP-Antrages ersetzen solle.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über die vorliegenden Anträge der CDU-Fraktion, der AfD-Ratsgruppe und der FDP-Fraktion:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der AfD-Ratsgruppe wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Zu Punkt 4.3 Öffentlichkeitsbeteiligung Beigeordnetenwahl (Antrag der FDP-Fraktion vom 14.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8037/2020-2025

8077/2020-2025 (Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe)

Frau Wahl-Schwentker fordert, auch vor dem Hintergrund der Architektenproteste gegen das Besetzungsverfahren des neuen Baudezernenten, für die Ratsmitglieder und die Stadtgesellschaft eine öffentliche Veranstaltung, in der sich die Bewerberinnen und Bewerber vorstellen und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hätten Fragen zu stellen. Das als Bielefelder Landrecht bezeichnete Verfahren, werde der Bedeutung der zu besetzenden Stelle und aller weiteren Beigeordnetenstellen nicht gerecht. Nur hinter verschlossenen Türen und durch die CDU-Fraktion werde die Nachfolge von Herrn Beigeordneten Moss ausgewählt. Ihrer Fraktion sei es nur mit viel Mühe gelungen, über den Oberbürgermeister an die Bewerbungsunterlagen zu gelangen. Die FDP-Fraktion lehne das Bielefelder Landrecht ab, da eine Auswahl allein durch Qualifikation erfolgen solle und nicht auf Empfehlung einer Fraktion. Sie befürchteten, dass eine unabhängige Aufgabenerledigung so nicht gewährleistet sei.

Den Antrag der AfD-Ratsgruppe lehne sie ab.

Herr Dr. Sander unterstützt die Forderung der FDP nach mehr Transparenz im Auswahlverfahren. Für ihn habe es allerdings den Anschein, dass die FDP-Fraktion unzufrieden damit sei, kein entscheidender Teil des Bielefelder Landrechtes mehr zu sein. Daher fordere die AfD-Ratsgruppe, eine Transparenz nicht nur für das anstehende Auswahlverfahren, sondern auch für alle zukünftigen Besetzungsverfahren einzuführen.

Herr Nettelstroth wehrt sich gegen den Vorwurf der Hinterzimmerauswahl. Es gäbe klare Regeln in diesem Verfahren. Die Bewerberinnen und Bewerber würden sich im Vorfeld den großen Fraktionen vorstellen. Auch die Mitglieder des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses hätten im Rahmen einer Vorstellung die Möglichkeit, Fragen an die Kandidatin bzw. den Kandidaten zu stellen. Er verdeutlicht, dass mit diesem Verfahren

Verlässlichkeit für potentielle Bewerberinnen und Bewerber erreicht werden sollte, sodass die Auswahl nicht in Abhängigkeit von Wahlergebnissen stehe. Sollten Änderungen des Verfahrens gewollt sein, dann nur für zukünftige Besetzungsverfahren aber nicht in diesem laufenden Verfahren. Unabhängig vom Vorschlagsrecht würde die Entscheidung durch den Rat getroffen und die Beigeordneten seien ausschließlich dem Verwaltungsvorstand verpflichtet.

Herr Dr. Schmitz macht deutlich, dass die Forderung nach einer öffentlichen Vorstellung aller Bewerberinnen und Bewerber einer Zurschaustellung gleichzusetzen wäre. Die Wechselambitionen würden bekannt und könnten dem Interessierten schaden. In der Wirtschaft würde kein Unternehmen auf die Idee kommen, in einem Auswahlverfahren alle Bewerberinnen und Bewerber öffentlich vorzustellen. Über das Verfahren Bielefelder Landrecht könne diskutiert werden. Eine öffentliche Veranstaltung zur Bewerbervorstellung werde abgelehnt.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über die Anträge.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Weiterführung DeutschlandTicket Schule (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 14.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8038/2020-2025

Herr Banze begründet den gemeinsamen Antrag.

Herr Schlifter teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag unterstütze. Darüber hinaus fordere sie ein stadtweit günstigeres Ticket und die Einführung einer Geschwisterregelung.

Herr Kleinkes und Herr Hallau sagen die Unterstützung des Antrages zu.

Beschluss:

Das zum Schuljahr 2023/24 in Bielefeld eingeführte DeutschlandTicket Schule wird fortgeführt. Die Stadt Bielefeld soll daher auch für das Schuljahr 2024/25 kommunale Mittel bereitstellen, um den Status Quo zu halten. Das Amt für Schule soll die entsprechenden Mittelansätze veranschlagen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.5**Verkehrsinfrastruktur auf Hauptverkehrsstraßen sicherstellen
(Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2024)**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8039/2020-2025

Herr Dr. Lange begründet den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend, dass die Erreichbarkeit eine zentrale Bedeutung für den Stadtverkehr habe. Der Handelsverband mache deutlich, dass Kaufkraft nur entstehe bzw. bestehen bleibe, wenn die Erreichbarkeit des Handels gewährleistet werde. Staus seien nicht mehr hinnehmbar. Die Linienbusse auf der Artur-Ladebeck-Straße müssten in den Hauptverkehrszeiten bereits über die

vorübergehend eingerichtete Bike-Lane ausweichen, um ihren Fahrplan einigermaßen einhalten zu können. Die Infrastruktur leide zusätzlich auch unter den Umleitungsstrecken der zahlreichen umliegenden Autobahnbaustellen.

Herr Rörig verweist auf die unter TOP 4.2 geführte Diskussion und macht deutlich, dass zu diesem Thema bereits zahlreiche Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss (StEA) geführt worden seien bzw. auch weiter geführt würden. Bei der Verkehrspolitik sollte es nicht nur um Wirtschaftsinteressen gehen, sondern u. a. auch um sichere Wege für Schülerinnen und Schüler und Menschen mit Beeinträchtigungen. Dass die Bodelschwinghstraße für solange Zeit gesperrt werden müsse, sei ärgerlich, ändere aber nichts an den Zielen. Da die Diskussion im Fachausschuss bereits weiter sei, als die im Antrag aufgeführten Forderungen, lehne er die sonst übliche Verweisung des Antrages an den Fachausschuss ab.

Herr Seifert bewertet den Rückbau der Bielefelder Straßen als sinnlos und gefährlich. Täglich bildeten sich größere Staus auf dem Stadtring, der Artur-Ladebeck-Straße und dem Adenauerplatz. In der Hinsicht nähere sich Bielefeld Pariser und Berliner Verhältnisse, obwohl diese Städte um einiges größer seien. Die von Bündnis90/Die Grünen und der Fahrradlobby vertretene angebliche erfolgreiche Verdrängung des Autoverkehrs mit diesen Maßnahmen, beziehe sich in größeren Städten eher auf die Innenstädte. Die FDP-Fraktion beantrage eine Verweisung an den StEA. Da dies bereits von der SPD-Fraktion abgelehnt werde, beantrage er hilfsweise eine getrennte Abstimmung der einzelnen Antragspunkte, wobei zusätzlich über Punkt 3 Satz 1 und Satz 2 einzeln abgestimmt werden solle.

Herr Gugat bezweifelt, dass der Handel durch den Rückbau der Bike-Lane gerettet werden könne. Die aktuellen Hang- und Böschungsabgänge machten deutlich, dass die Infrastruktur in Hanggegenden immer häufiger beeinträchtigt werden könnten. Da der Verkehr als Treiber der Klimakatastrophe bekannt sei, müsse am Verkehr etwas geändert werden. Bielefeld habe das Recht, eine moderne und zeitgemäße Verkehrspolitik zu entwickeln. Dies stehe nicht im Widerspruch zu einer florierenden Wirtschaft.

Herr Hallau merkt an, dass die Bielefelderinnen und Bielefelder keine

ausschließlichen Autofahrer, Fahrradfahrer, Fußgänger oder ÖPNV-Nutzer seien. Das hier dargestellte Gegeneinander existiere auf den Straßen nicht. Je nach Wahl des Fortbewegungsmittels, werde sich über das Verhalten der anderen Verkehrsteilnehmer aufgeregt. Bielefeld sei in Nordrhein-Westfalen immer noch die schnellste Großstadt, daher könne es nicht so schlimm sein. Wichtig sei, dass jeder, unabhängig von der Wahl des Verkehrsmittels, sich sicher im Straßenverkehr bewegen könne. Dafür müssten gemeinsame Beschlüsse gefasst werden.

Herr Nettelstroth fordert dazu auf, die Realitäten wahrzunehmen. Freiwillig kämen die Käuferinnen und Käufer nicht mehr nach Bielefeld. Dies werde vielschichtige Auswirkungen haben. Auf besondere Situationen müsse besonders reagiert werden.

Herr Vollmer sieht die Antrag nur für die Artur-Ladebeck-Straße berechtigt. Über die weiteren Punkte werde derzeit diskutiert und deshalb gehöre der Antrag nicht in den Rat. Um Staus zu vermindern, müsse die Attraktivität der Fahrrad- und ÖPNV-Nutzung gesteigert werden. Die CDU-Fraktion fordere ausschließlich Verbesserungen für die Autofahrer, wobei der Ostwestfalendamm (OWD) nahezu direkt in die Innenstadt führe und in der näheren Umgebung des OWD auch Parkhäuser angeschlossen seien. Er kritisiert, dass bei derartigen Anträgen die Auswirkungen auf das Klima ausgeblendet würden. Dort müsse angesetzt werden. Den Antrag werde seine Fraktion ablehnen.

Herr Rörig bewertet die Schilderungen von Herrn Nettelstroth als nichtzutreffendes Horrorszenario, das sich nicht mit der Realität decke. Autofahrer müssten in Stoßzeiten zwar mehrere Ampelphasen in Gadderbaum abwarten, dies liege aber an der derzeit gesperrten Bodelschwinghstraße. Nur weil die SPD den Ausbau von Fahrradstraßen und ÖPNV forcieren, sei sie nicht weltfremd. Es herrschten lediglich unterschiedliche Auffassungen was gut und was schlecht für Bielefeld sei.

Herr Kneller merkt an, dass die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger und er selber eine andere Wahrnehmung von der Verkehrssituation in Gadderbaum hätten. Er stelle fest, dass die Staus auf allen Zubringerstraßen in die Innenstadt zunähmen. Für würden die Sorgen und Nöte klein geredet und es würden keine Anreize geschaffen, um in die Bielefelder Innenstadt zu fahren.

Frau Pfaff macht abschließend deutlich, dass es während der Stoßzeiten auf der Artur-Ladebeck-Straße voll sei, dies sei in Straßensperrungen durch Baustellung und durch Hangabgänge begründet. Ansonsten gäbe es dort keinen Stau.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung zu den vorliegen Geschäftsordnungsanträgen.

Der FDP-Antrag auf Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss wird bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt die von der FDP-Fraktion beantragte getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des CDU-Antrages.

Ziffer 2 wird mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3 Satz 1 wird bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3 Satz 2 wird mehrheitlich abgelehnt.

Ziffern 1, 4 und 5 werden mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag ist somit in Gänze abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5

Wiederwahl von Herrn Rainer Kaschel zum Beigeordneten und weitere Bestellung zum Stadtkämmerer

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7877/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass gemäß § 50 Abs. 2 GO NRW i. V. m. §16 Buchst.a) der Geschäftsordnung des Rates Wahlen, wenn niemand widerspreche, durch offene Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen würden. Auf seine Nachfrage erklärt Frau Wahl-Schwentker, dass die FDP-Fraktion einer offenen Abstimmung widerspreche. Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass somit geheim durch die Abgabe von Stimmzetteln abzustimmen sei. Da mit Herrn Stadtkämmerer Kaschel nur eine Person zur Wahl stehe, könne mit „Ja“ und „Nein“ bzw. „Enthaltung“ abgestimmt werden.

Die Mitglieder des Rates werden sodann von der Schriftführerin zur Abgabe ihrer Stimme aufgefordert. Nach Abschluss der geheimen Wahl werden die Stimmzettel von den Ratsmitgliedern, die zugleich Fraktionsgeschäftsführungen sind ausgezählt.

Herr Oberbürgermeister Clausen gibt sodann folgendes Wahlergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	57
Ungültige Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

Somit verbleibende gültige Stimmen: 54

Ja-Stimmen:	51
-------------	----

Nein-Stimmen:	3
---------------	---

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass damit Herr Stadtkämmerer Kaschel die Mehrheit der gültigen Stimmen erreicht habe und unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für weitere acht Jahre zum Beigeordneten für das Dezernat 1 und weiterhin zum Stadtkämmerer gewählt worden sei.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Wiederwahl von Herrn Rainer Kaschel zum Beigeordneten unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren ab dem 01.10.2024.
2. Der Rat bestellt Herrn Rainer Kaschel mit Wirkung vom 01.10.2024 weiterhin zum Stadtkämmerer unter Einweisung in eine freie Planstelle der Besoldungsgruppe B6 des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz -LBesG NRW-).

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen –

Herr Stadtkämmerer Kaschel nimmt die Wahl an und bedankt sich für die große Zustimmung.

Zu Punkt 6**Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 14.05.2024 Kenntnis.

Zu Punkt 7**OWL GmbH: Strategie 2027 und Finanzierungsmodell**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7868/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Das neue Strategiekonzept 2027 der OWL GmbH wird zur Kenntnis genommen.
2. Der dem Grunde aber nicht der Höhe nach pflichtige Zuschuss der Stadt Bielefeld an die OWL GmbH wird im Haushaltsjahr 2025 von 264.052 € um 22.582 € auf 286.634 € und im Haushaltsjahr 2026 um weitere 10.266 € auf 296.900 € erhöht und entsprechend im Doppelhaushalt 2025/2026 berücksichtigt.

Für die Jahre ab 2027 wird eine Dynamisierung von jährlich 4% im Haushalt berücksichtigt, abzüglich der nur vorübergehenden Finanzierung des Projektes Kulturplattform OWL live in Höhe von 30.000 € ab dem Jahr 2028. Durch die Anpassung des dauerhaften Zuschusses an die OWL GmbH entstehen im Planungszeitraum 2025 bis 2029 ungedeckte Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 159.755 €, die zu

einer entsprechenden Erhöhung des Haushaltsdefizites führen werden.

3. Die Stadt Bielefeld begrüßt die geplante Neuregelung, wonach die Akquisition zusätzlicher Projekte bei der OWL GmbH zukünftig auf Basis des verabschiedeten Kriterienkatalogs erfolgen und die Finanzierung der sich daraus ergebenden Eigenanteile der OWL GmbH durch die an dem Projekt im Einzelfall interessierten Gesellschafter, die an der Umsetzung der Förderprojekte ein besonderes Interesse haben, erfolgen soll.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Gründung einer Gesellschaft für den Bau und Betrieb einer Windenergieanlage in Brönninghausen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7884/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Beteiligung der Stadtwerke Bielefeld GmbH als Kommanditistin mit einem Anteil von 60 % und einer Hafteinlage von 60.000 € an einer neu zu gründenden Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG, die Bau und Betrieb einer Windenergieanlage in Brönninghausen zum Gegenstand hat, zu.
2. Der Beteiligung der Stadtwerke Bielefeld Gesellschaft für Erneuerbare Energien mbH als Komplementärin an dieser neuen GmbH & Co KG wird zugestimmt.
3. Dem als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag der Kommanditgesellschaft wird zugestimmt.
4. Die vorgenannten Beschlusspunkte stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des erforderlichen Anzeigeverfahrens gem. § 115 GO NRW bei der Bezirksregierung Detmold.

- einstimmig beschlossen –

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 9

Integration von Arbeit und Leben Bielefeld e. V. DGB/VHS in die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e. V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7943/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Verschmelzungsvertrags zwischen Arbeit und Leben Bielefeld e. V. DGB/VHS und der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e. V. wird zugestimmt.
2. Der Vereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld als Trägerin der Volkshochschule und dem Deutschen Gewerkschaftsbund für die Region Ostwestfalen-Lippe über ihre Zusammenarbeit in einer örtlichen Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Bielefeld DGB/VHS wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienlabor der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7767/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienlabor der Stadt Bielefeld wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 11

Jährliche Anpassung der laufenden Geldleistung für Kindertagespflegepersonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7551/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die laufende Geldleistung für Kindertagespflegepersonen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 Abs. 1 SGB VIII wird ab 01.08.2024 auf insgesamt 7,00 €/Stunde/Kind erhöht. Davon entfallen 2,30 €/Stunde/Kind auf den Sachaufwand (§ 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) und 4,70 €/Stunde/Kind auf die Anerkennung der Förderungsleistung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII).

2. Der monatliche Anerkennungsbetrag für die mittelbare Bildungs- und Betreuungsarbeit der Kindertagespflegepersonen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 Abs. 1 SGB VIII wird ab 01.08.2024 auf 17,20 €/Monat erhöht.

3. Die zusätzliche Geldleistung für die Betreuung von Kindern mit Behinderung oder von Kindern, die von wesentlicher Behinderung bedroht sind, wird ab 01.08.2024 auf 2.395,40 €/Kind/Jahr erhöht.

4. Die für das Haushaltsjahr 2024 benötigten Mittel sind im Haushaltsvollzug durch das Amt für Jugend und Familie – Jugendamt – und hilfsweise im Sozialdezernat zu erwirtschaften. Die ab dem Haushaltsjahr 2025 notwendigen Mittel sind in den Haushalt einzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

8. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung vom 05.05.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7740/2020-2025/1

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die beigefügte 8. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung mit Wirkung ab 01.08.2024.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 13

Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7878/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der als Anlage beigefügten Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsbericht (OVG) Münster für die Amtszeit 01.02.2025 bis 31.01.2030 zu.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 14 Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen u. ä.)

Zu Punkt 14.1 hier: Antrag der Ratsgruppe Die Partei auf Umbesetzungen in zwei Ausschüssen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8069/2020-2025

Die Abstimmung erfolgt ohne Aussprache.

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Finanz- und Personalausschuss:

**Ordentl. Mitglied
statt bisher**

**Johannes Künsebeck, sachk. Bürger
Daniel Hofmann, RM**

Stadtentwicklungsausschuss:

**Stellv. Mitglied
statt bisher**

**Alexander Schem
Johannes Künsebeck, sachk. Bürger**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.2 hier: Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung im BBF-Aufsichtsrat

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8079/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die unterschiedlichen rechtlichen Einschätzungen der Bezirksregierung Detmold und des

städtischen Rechtsamtes zum möglichen Interessenkonflikt einer Doppelmitgliedschaft im Aufsichtsrat und im Beirat der BBF (*Einschätzungen sind im Ratsinformationssystem veröffentlicht*). Von der FDP-Fraktion werde vorgeschlagen, dass Herr Lüpke neben seiner Mitgliedschaft im Beirat der BBF auch in den Aufsichtsrat der BBF entsandt werden solle.

Wenn sich der Rat über diese Bedenken hinwegsetze, müsse er prüfen, ob er den Ratsbeschluss beanstande, wenn er ihn für rechtswidrig halte. Da ihm die Position des Rates immer wichtig sei, würde er vor einer Beanstandung einen externen Rechtsanwalt einschalten und ihn um Rat fragen.

Um die vorgeschlagene Person zu schützen rät Herr Klaus dazu, vor dem Hintergrund der Rechtslage, dass der Antrag zurückgezogen werden solle.

Herr Schlifter verweist auf die letzte Sitzung, in der auf Bitten der Verwaltung der Antrag zurückgezogen worden sei, damit die Bezirksregierung den Sachverhalt rechtlich prüfen könne. Er zitiert aus der Stellungnahme der Bezirksregierung: *„...sei... zum jetzigen Zeitpunkt und für diese konkrete Fallkonstellation nicht von einem zwingenden Ausschlussgrund für die Mitgliedschaft in beiden Gremien der BBF auszugehen.“* Inhaltlich merkt er an, dass bei der Konstituierung des Aufsichtsrates der BBF im Gesellschaftsvertrag die Mitgliedschaft eines Beiratsmitgliedes im Aufsichtsrat vorgesehen gewesen sei. Herr Lüpke habe diese Funktion über viele Jahre innegehabt. Interessenkonflikte habe es zu keiner Zeit gegeben. Erst nach einer Änderung der Gemeindeordnung NRW sei der Gesellschaftsvertrag geändert worden und die vorgenannte Mitgliedschaft eines Beiratsmitgliedes nicht mehr vorgesehen. Der Aufsichtsrat sei an die Beschlüsse des Rates gebunden und durch diese vorgelagerte Beschlussfassung sehe er keinen Interessenkonflikt.

Herr John, Herr Kleinkes und Herr Gugat empfehlen, den Antrag nochmals bis zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen um Gespräche mit Herrn Lüpke zu führen, eine Einschätzung unabhängiger Juristen einzuholen und eine endgültige Klärung herbeizuführen.

Herr Schlifter sieht diese Forderungen bereits als erfüllt an. Die Einschätzung als Kommunalaufsicht läge vor, er sehe keine Notwendigkeit, eine weitere rechtliche Prüfung vornehmen zu lassen.

Herr Nockemann bewertet es als Aufsichtsratsvorsitzender der BBF als sehr bedauerlich, dass über eine nicht anwesende Person gesprochen werde, weil die FDP-Fraktion den Bitten der übrigen Fraktionen auf Rückstellung des Antrages nicht nachgekommen sei Diese Diskussion werde Herrn Lüpke nicht gerecht.

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert das Verfahren bei einer möglichen Beanstandung eines gefassten Beschlusses. Er bittet die Anwesenden um Abstimmung.

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung im BBF-Aufsichtsrat wird bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Zu Punkt 14.3 hier: Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzungen in zahlreichen Gremien

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8082/2020-2025

Die Abstimmung erfolgt ohne Aussprache.

Beschluss:**Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:****Anregungs- und Beschwerdeausschuss:**

Ordentl. Mitglied:	Detlef Werner, RM
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

Stellv. Mitglied:	Katharina Kotulla, RM
statt bisher:	Detlef Werner, RM

Rechnungsprüfungsausschuss:

Ordentl. Mitglied:	Detlef Werner, RM
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

stellv. Mitglied:	Katharina Kotulla, RM
statt bisher:	Detlef Werner, RM

Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb:

Ordentl. Mitglied:	Carla Steinkröger, RM
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

Betriebsausschuss Umweltbetrieb:

Ordentl. Mitglied:	Katharina Kotulla, RM
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

Digitalisierungsausschuss:

Ordentl. Mitglied:	Katharina Kotulla, RM
statt bisher:	Frank Strothmann, RM

stellv. Mitglied:	Frank Strothmann, RM
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

Finanz- und Personalausschuss:

Stellv. Mitglied:	Katharina Kotulla, RM
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

Stadtentwicklungsausschuss:

Stellv. Mitglied:	Martin Eggert
statt bisher:	Marcel Kaldek, RM

Stellv. Mitglied:	Simon Bäumer
statt bisher:	Gerhard Haupt, sachk. Bürger

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Stellv. Mitglied:	Henry Schuckmann
statt bisher:	Rita Maler, sachk. Bürgerin

Stellv. Mitglied:	Alina Laermann, sachk. Bürgerin
statt bisher:	Nicolai Adler, sachk. Bürger

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Ordentl. Mitglied:	Tanja Orlowski, RM
statt bisher:	Ursula Schineller, RM

Jugendhilfeausschuss:

Ordentl. Mitglied: Katharina Kotulla, RM
statt bisher: Tanja Orlowski, RM

Gesellschafterversammlung der BGW:

Ordentl. Mitglied: Frank Strothmann, RM
statt bisher: Marcel Kaldek, RM

Aufsichtsrat der BGW:

Ordentl. Mitglied: Tom Brüntrup, RM
statt bisher: Frank Strothmann, RM

Interkommunales Gewerbegebiet GmbH – Forum:

Ordentl. Mitglied: Frank Strothmann, RM
statt bisher: Marcel Kaldek, RM

Aufsichtsrat der Stadthalle Bielefeld-Betriebs GmbH:

Ordentl. Mitglied: Katharina Kotulla, RM
statt bisher: Tom Brüntrup, RM

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.4 hier: Antrag der Fraktion Die Linke auf Umbesetzung in zwei Gremien

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8093/2020-2025

Die Abstimmung erfolgt ohne Aussprache.

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Kulturausschuss:

Stellv. Mitglied: Mark Schäfers, sachk. Bürger
statt bisher: Dr. Roswitha Rosinski, sachk. Bürgerin

Betriebsausschuss Bühnen und Orchester:

Stellv. Mitglied: Mark Schäfers, sachk. Bürger
statt bisher: Dr. Roswitha Rosinski, sachk. Bürgerin

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.